

16.06.2020

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv mitgestalten und Nordrhein-Westfalens Prioritäten vertreten

I. Ausgangslage

Rund 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung, mit der der damalige französische Außenminister nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg das Ziel der „Vereinigung der europäischen Nationen“ ausgab, übernimmt die Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 2020 turnusgemäß die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union. Anspruch und Erwartungen sind hoch: von der EU-Ratspräsidentschaft soll ein Impuls hin zu einer Stärkung der Union nach außen und einer Festigung nach innen ausgehen. Einen Beitrag dazu leisten sollte auch der Beginn der „Konferenz zur Zukunft Europas“, in deren Rahmen Institutionen, Regierungen sowie die Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche und Konzepte für die Zukunft der europäischen Demokratie diskutieren.

Die Corona-Pandemie wird nun jedoch massive Auswirkungen auf die deutsche Ratspräsidentschaft haben, die nun vor allem durch den Kampf gegen das Coronavirus geprägt sein wird. Sowohl die inhaltliche Vorbereitung, die Arbeitsweise wie auch die Planung von Veranstaltungen wird aller Voraussicht nach nicht in der üblichen Art und Weise stattfinden können und die EU-Institutionen und –Mitgliedstaaten zwangsläufig vor Herausforderungen stellen. In den Mittelpunkt rücken nun Themen wie die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen, Krisenmanagement sowie das Hochfahren des öffentlichen Lebens und die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, für die die Folgen der Corona-Krise noch gar nicht vollends absehbar sind. Zumindest für den Beginn der Präsidentschaft wird eine Priorisierung und Reduzierung der ursprünglich geplanten Themen nun unumgänglich sein.

Die EU-Ratspräsidentschaft ist für Bund und Länder grundsätzlich eine Gelegenheit, aktiv auf die europäische Agenda einzuwirken und die Vielfalt und Leistungskraft Deutschlands darzustellen. Dabei kommt allen Bundesländern die Aufgabe zu, die EU-Ratspräsidentschaft inhaltlich mitzugestalten und organisatorisch zu unterstützen. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die NRW-Koalition zum Ziel gesetzt, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aktiv und im Sinne der europapolitischen Agenda Nordrhein-Westfalens zu begleiten. Die Landesregierung hatte sich darum bereits frühzeitig auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 vorbereitet. Sie ist Thema bei der europapolitischen Koordinierung der Ressorts und den regelmäßigen Besprechungen der Länder mit dem Bund, insbesondere auf Ebene der Europaminister- und der Kultusministerkonferenz. Unter Vorsitz von Nordrhein-Westfalen hat die Europaministerkonferenz (EMK) bereits am 12. März 2019 den Beschluss „Deutsche EU-

Ratspräsidentschaft“ an die Konferenz der Regierungschefinnen und -chefs gerichtet. Die Europaministerkonferenz hat sich außerdem mit Vertretern der Bundesregierung zur deutschen Ratspräsidentschaft ausgetauscht und auf Arbeitsebene finden seitdem regelmäßige Besprechungen statt.

Nordrhein-Westfalen wird die anstehende EU-Ratspräsidentschaft weiter aktiv begleiten. Für Nordrhein-Westfalen als einstmals bedeutendste europäische Kohleregion ist und bleibt eines der zentralen Ziele, Wirtschafts- und Klimapolitik unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich in Einklang zu bringen. Der „European Green Deal“, eines der wichtigsten Projekte der neuen EU-Kommission, bedeutet für die nordrhein-westfälische Industrie als regional verwurzelter und beschäftigungssichernder Innovations- und Wachstumstreiber Chance und Herausforderung zugleich. Nordrhein-Westfalen wird dieses Vorhaben konstruktiv begleiten und insbesondere seine Expertise im Bereich des Strukturwandels einbringen. Weitere europäische klimapolitische Zielvorgaben sollten jedoch immer mit einer industriepolitischen Folgenabschätzung einhergehen.

Um das auf europäischer und nationaler Ebene ausgegebene Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen innovative technologische Lösungen vorangetrieben werden. Aus Sicht der NRW-Koalition kommt dabei treibhausgasarmem Wasserstoff eine Schlüsselrolle zu. Als universell einsetzbarer Energieträger hat Wasserstoff den Vorteil, in großen Mengen speicherbar und transportierbar zu sein. Ihm kommt daher für die Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen eine große Bedeutung zu. Um eine Wasserstoffwirtschaft aufbauen zu können, sind politische Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich. Deutschland kann die Entwicklung auf europäischer Ebene im Zuge seiner Ratspräsidentschaft maßgeblich vorantreiben.

Hinzu kommen der weitere Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, u.a. in der Arbeitsmarktpolitik und der Gesundheitsversorgung sowie eine Stärkung der europäischen justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. Die Implementierung neuer Schutzmechanismen zur Sicherung der EU-Außengrenzen ist darüber hinaus ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Um die Zusammenarbeit für Wachstum, ein lebenswertes Umfeld und Innovationen in den Städten Europas zu fördern, wurde 2016 die EU-Städteagenda ins Leben gerufen. Deutschland kann hier weitere Impulse geben, um die städtische Dimension auf der europäischen Agenda zu halten und so auch in Zukunft eine angemessene finanzielle Unterstützung aus EU-Mitteln sicherzustellen.

Nordrhein-Westfalen hat während seines EMK-Vorsitzes darüber hinaus einen Schwerpunkt auf die rechtsstaatliche Situation in der EU gelegt. Unter dem Deckmantel der Corona-Krise werden derzeit in Teilen Europas rechtsstaatliche und demokratische Werte untergraben. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte sich daher für die Förderung eines gemeinsamen Verständnisses von Rechtsstaatlichkeit unter allen Mitgliedstaaten, die Fortführung des länderübergreifenden zivilgesellschaftlichen Dialogs und die Sanktionierung von schwerwiegenden und anhaltenden Verstößen gegen das Rechtsstaatsprinzip einsetzen. So könnte beispielsweise die Mittelzuweisung aus dem neuen EU-Haushalt an die Einhaltung von rechtsstaatlichen und demokratischen Werten gebunden werden.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Von entscheidender Bedeutung für Nordrhein--Westfalen bleibt die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), um die für Nordrhein-Westfalen relevanten Programme fortzuführen sowie Zugang zu den

Förderprogrammen zu gewährleisten. Der kommende MFR wird der erste EU-Haushalt sein, an dem das Vereinigte Königreich nach dem Brexit-Votum seiner Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2016 nicht beteiligt sein wird. Trotz des Wegfalls eines großen Beitragszahlers muss die EU angesichts ihrer stetig wachsenden Bedeutung und der zahlreichen neuen Herausforderungen finanziell angemessen ausgestattet werden. Denn neben den traditionellen Aufgaben der EU wie der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik und neuer Aufgaben in den Bereichen Migration, Sicherheit, Energie- und Klimapolitik sowie Digitalisierung gilt es nun, die noch nicht absehbaren finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie durch einen ambitionierten sog. „Erholungsfonds“ abzufedern.

Die mit dem zukünftigen MFR eng verknüpften neuen Sektorvorschläge zur Kohäsionspolitik beinhalten darüber hinaus für die europäischen Regionen einige Neuerungen. Aus Sicht Nordrhein-Westfalens ist entscheidend, dass alle und damit auch besser entwickelte Regionen weiterhin EU-Förderung erhalten werden. Die Schwerpunktsetzung auf Innovation beispielsweise im Bereich der Künstlichen Intelligenz, Bildung und Kompetenzen, Beschäftigung, Klima- und Ressourcenschutz, ein stärker vernetztes, sozialeres und bürgernäheres Europa schafft eine gute Grundlage für die Regionen, um mit ihren kohäsionspolitischen Programmen bewährte Förderansätze fortzusetzen und gleichzeitig auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Um eine Einigung bei den derzeit festgefahrenen Verhandlungen herbeizuführen, werden große Erwartungen in die deutsche Ratspräsidentschaft gesetzt. Schließlich könnten weitere Verzögerungen dazu führen, dass wichtige EU-Programme wie „Horizont Europa“ oder „Erasmus+“ im kommenden Jahr nicht rechtzeitig starten können. Die Kommission hat vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ihren ursprünglichen Vorschlag für einen neuen MFR angepasst und am 27. Mai 2020 vorgestellt. Grundsätzlich muss der neue EU-Haushalt für die kommenden Jahre flexibler, moderner und weniger bürokratisch ausgestaltet sowie stärker auf Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Erholung ausgerichtet werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich für die folgenden Schwerpunkte im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einzusetzen:

Einsatz für die Werte der Europäischen Union

1. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden die fundamentalen Werte der EU. Sie stehen unter keinen Umständen zur Disposition. Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte sind ausnahmslos zu schützen. Es ist zu prüfen, ob EU-Zahlungen an Mitgliedstaaten künftig nur noch erfolgen sollen, wenn diese die rechtstaatlichen und demokratischen Werte einhalten;

Mehrfährige Finanzrahmen 2021-2027

2. Nordrhein-Westfalen sollte die Verhandlungen zum MFR weiter konstruktiv begleiten und sich auf europäischer und bundespolitischer Ebene dafür einsetzen, schnellstmöglich für Klarheit über die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre zu sorgen und nötigenfalls durch entsprechende Übergangsregelungen zu gewährleisten, dass die bisherigen Förderprogramme mit entsprechender EU-Beteiligung fortgeführt werden können.

3. Der neue MFR soll flexibler und moderner ausgestaltet und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele stärker auf Wirtschaftswachstum, wirtschaftliche Erholung und Innovationen ausgerichtet sein.
4. Die Landesregierung soll sich auf europäischer und bundespolitischer Ebene dafür einsetzen, dass Nordrhein-Westfalen auch im kommenden MFR weiterhin Zugang zu den EU-Förderprogrammen erhält. Mit Blick auf die Umsetzung der Förderprogramme ist die erhebliche Vereinfachung der bürokratischen Vorgaben unerlässlich;

Industrie- und Klimapolitik

5. Der von der EU-Kommission eingeleitete Prozess über die künftige Ausrichtung der EU-Industriepolitik sollte durch einen intensiven Diskurs mit allen EU-Mitgliedstaaten flankiert werden. EU-Programme zur Mittelstandsförderung müssen mittelstandsfreundlich, themenoffen und unbürokratisch ausgestaltet werden.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung in ihrem Bestreben zu unterstützen, beim Thema Wasserstoffwirtschaft einen zentralen energiepolitischen Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu legen;
7. Die EU-Langfriststrategie für den Klimaschutz soll umgesetzt und in sämtliche EU-Politikbereiche integriert werden;

Entwicklung der Städte und Grenzregionen

8. Die Weiterentwicklung der Grenzregionen soll vorangetrieben werden, um an den Binnengrenzen Europas starke Verflechtungsräume zu schaffen und auszubauen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit, polizeiliche Zusammenarbeit sowie den grenzüberschreitenden Verkehr;
9. Die Arbeiten zur Verabschiedung einer neuen EU-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (Leipzig Charta 2.0) sollen durch die Landesregierung weiter aktiv unterstützt und die nordrhein-westfälischen Metropolregionen und Städte mit einbezogen werden;

Europa der Bürgerinnen und Bürger

10. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine klare Orientierung, in welche Richtung sich die EU in Zukunft entwickeln soll. Der von der EU-Kommission eingeleitete Prozess soll von Nordrhein-Westfalen aktiv begleitet werden. Dazu zählt auch eine aktive Beteiligung an Formaten wie der „Konferenz zur Zukunft Europas“. Die Öffentlichkeit sollte sich in geeigneter Weise einbringen können.
11. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sollte dafür genutzt werden, die europäische Idee, vor allem bei jungen Menschen und bei europafernen Bevölkerungsgruppen, weiter zu fördern. Ebenso ist zu prüfen, ob, vor dem Hintergrund der Corona-Krise, weitere Formate der (digitalen) Öffentlichkeitsarbeit für Europa sinnvoll und umsetzbar erscheinen.

Bodo Löttgen
 Matthias Kerkhoff
 Dr. Marcus Optendrenk
 Oliver Krauß

und Fraktion

Christof Rasche
 Henning Höne
 Thomas Nüchel
 Dietmar Brockes

und Fraktion

